

1. Dezember 2006
Der Standard

Lobau-AktivistInnen fordern Verkehrsgipfel Besetzer sehen Asfinag nicht als Gesprächspartner und planen Widerstand, "so lange es nötig ist"

Wien – Einen runden Tisch fordern die Umweltschützer, die gegen den Bau der Nordost-Umfahrung kämpfen. Einen solchen stellten sie auch bei der Pressekonferenz in einem Kaffeehaus in unmittelbarer Rathaus-Nähe auf – die symbolischen Plätze für den Wiener und den niederösterreichischen Landeshauptmann, Michael Häupl (SP) und Erwin Pröll (VP), sowie für die künftigen Verkehrs- und Umweltminister blieben freilich frei.

"Chauvinistische Sprüche"

„Die Asfinag ist definitiv nicht unser Ansprechpartner“, stellte der Greenpeace-Verkehrsreferent Erwin Mayer klar und wünschte sich eine Versachlichung der Debatte. Deshalb seien die Politiker gefordert, einen gemeinsamen Verkehrsgipfel einzuberufen, „anstatt mit chauvinistischen Sprüchen vom Thema abzulenken“. Damit war auch Häupls Ankündigung von Dienstag gemeint, nicht mit „internationalen Berufsaktivisten“, welche die Probebohrungen in der Lobau verhindern, zu verhandeln. Das klinge wie „Ausländer raus aus der Lobau“, meinte Mayer und verwies darauf, dass auch österreichische Atomgegner in Tschechien protestieren würden.

Die in der Ostregion verordneten Feinstaubsanierungsgebiete seien „nahezu flächendeckend“ mit den Zonen, wo ein Ausbau von Transitstrecken stattfindet, kritisierte Karin Kuna von Global 2000. „Die Steuerzahler finanzieren diese Wunschprojekte und müssen dann auch noch für die steigenden Gesundheitskosten bezahlen“, sprach sich Kuna grundsätzlich gegen den Regionerring aus. Die Situation der Pendler könne nur durch örtliche Umfahrungen und einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs verbessert werden, glaubt Stefan Wirius von der Bürgerinitiative „Rettet die Lobau“.

"Notwehraktion"

„Es wird Widerstand vor Ort geben, so lange es nötig ist“, zeigten sich die AktivistInnen entschlossen, weiter die Lobau zu besetzen – ungeachtet der Androhung von Schadenersatzforderungen seitens der Asfinag. Es handle sich um eine „Notwehraktion“, da man nicht teure Gutachten in Auftrag geben könne. Dass die Proteste in der Lobau keine Massenbewegung seien, liege daran, dass sich viele Gegner per Unterschrift gegen die Autobahn ausgesprochen hätten, erklärte Wirius. Außerdem gebe es auch keine Massenbewegung für eine Autobahn. Für die Realisierung der Nordost-Umfahrung sprachen sich am Donnerstag Bürgermeister aus der Marchfeld-Region im Bezirk Gänserndorf aus. (kri, DER STANDARD Printausgabe, 01.12.2006)